

BUNDESMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG



II-7758 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

MINORITENPLATZ 5
A-1014 WIEN
TELEFON
(0222) 531 20-0
DVR 0000 175

GZ 10.001/167-Parl/92

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER
Parlament
1017 Wien

Wien, 19. November 1992

3473 IAB

1992 -11- 23

zu 3550 IJ

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 3550/J-NR/1992, betreffend überlange Wartezeiten an den Aufnahmeschaltern (Evidenzstelle) der Universität Wien, die die Abgeordneten SIGL und Genossen am 8. Oktober 1992 an mich gerichtet haben, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

1. Versteht sich die Universität Wien als Dienstleistungsbetrieb für Studenten?

Antwort:

Die verschiedenen Organe der Universität Wien würden die Frage, ob sich die Universität als Dienstleistungsbetrieb versteht, sicher mit "ja!" oder zumindest mit "ja, auch!" beantworten. Es ist aber auch zuzugestehen, daß diese grundsätzliche Einstellung im Umgang mit Studierenden an den mehr als 170 Instituten und Kliniken, acht Dekanaten mit ihren Prüfungsämtern und der Universitätsdirektion nicht immer klar erkennbar wird. Gerade die Studien- und Prüfungsabteilungen, auch diejenigen der Universität Wien, haben sich in den letzten Jahren bemüht, ihre Dienstleistungen zu verbessern.

- 2 -

2. Welche Vorkehrungen werden Sie treffen, damit zu Beginn der Inskriptionfrist für das Sommersemester 1993 Studienanfängern überlange Wartezeiten bei der Aufnahme an der Universität Wien möglichst erspart bleiben?

Antwort:

Die in der Anfrage kritisierten Wartezeiten sind vom 14. bis zum 24. September 1992 (und hier wiederum besonders in den ersten beiden Tagen der Immatrikulationsfrist am 14./15. September) aufgetreten. Seither waren keine vergleichbaren Spitzen beim Parteienverkehr zu beobachten. Starker Andrang bei erstmals immatrikulierenden Inländern in den ersten Tagen der Inskriptionsfrist ist durchaus auch an anderen Universitäten (z.B. Universität Graz) immer wieder zu beobachten. Dieses "Ersttags-Phänomen" läßt sich im Universitätsbereich letztlich ebensowenig beseitigen, wie in anderen Bereichen des Lebens.

Da im Sommersemester nur kleine Zahlen von Studienanfängern zu erwarten sind, sind vielmehr Vorkehrungen der Universität Wien für das Wintersemester 1993/94 zu überlegen. Im wesentlichen wird es sich dabei um Überlegungen in Richtung einer nach vorne verlängerten Immatrikulationsfrist handeln müssen, soweit nicht eine Konzentration des Personaleinsatzes auf die Inländerzulassung möglich ist. Die Aufnahme der Studierenden ist eine Angelegenheit des autonomen Wirkungsbereiches der Universität.

3. Gibt es in Ihrem Ressort Überlegungen, die Zahlschein-Inskription auch für Erstsemestrige einzuführen und die Immatrikulation auf ähnliche oder andere Art und Weise unbürokratischer zu gestalten?

Antwort:

Es gibt derzeit keine Überlegungen, die Zahlscheininsription für Erstsemestrige einzuführen. Immerhin muß eine Universität anläß-

- 3 -

lich der Aufnahme eines Hörers dessen Personalien und Vorbildung anhand von Originalurkunden feststellen können. Der Ausweis für Studierende ist den Studierenden persönlich auszuhändigen. Für diese Vorgänge gibt es derzeit auch von Universitätsseite keine Vorschläge zu einer kostengünstigeren oder "unbürokratischeren" Abwicklung.

4. Hängt die hohe Studienabbrecher-Rate an der Universität Wien mit der in vielen Universitätsbereichen vorherrschenden, von den Studierenden zunehmend als schikanös empfundenen Bürokratie zusammen?

Antwort:

Aus den wenigen Untersuchungen zum Thema "Drop-out" ergibt sich kein Hinweis auf einen ursächlichen Zusammenhang mit bürokratischen Umgangsformen der universitären Dienststellen. Als Beispiel einer derartigen Untersuchung, in die auch die Universität Wien vergleichend einbezogen war, sei erwähnt: Josef Thonhauser, Projekt "Studieren in Österreich. Ein Beitrag zur Aufklärung von Ausmaß, Ursachen und Möglichkeiten der Verminderung des Drop-out-Problems an Universitäten und Hochschulen", im Auftrag des BMWF, Salzburg 1991.

Soweit einschlägige Beschwerden an mich herangetragen werden, wird diesen nachgegangen. Ich habe allerdings keinen Anlaß zur Annahme, daß an der Universität Wien in vielen Bereichen "eine von den Studierenden zunehmend als schikanös empfundene Bürokratie" vorherrscht.

Der Bundesminister:

